

Volkswacht

für Schlesien

Anzeigenpreis: In Schlesien für gewöhnliche Anzeigen aus Schlesien 1.10 Mk., auswärts 1.30 Mk. Anzeigen unter Zeit 2.30 Mk., auswärts 2.50 Mk. ...

Organ für die werktätige Bevölkerung

Telefon: Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3142. Postfach-Konto: Postfach-Nr. Breslau Nr. 5632.

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ...

Kommunistische „Aktionspläne“.

Zu den Plänen der Kommunisten

Schreibt der Sozialdemokrat die Presse: Es steht heute zweifellos fest, daß die Kommunisten glauben, den gegenwärtigen Zeitpunkt für eine Aktion benutzen zu können. Die Teuerung, die an verschiedenen Stellen Berlins in der letzten Woche und erst gestern die Not gewisser Bevölkerungsteile zum Ausbruch brachte, hat die kommunistischen Hoffnungen auf das Gelingen dieser Aktion vergrößert. Durch den Nichtenburger Hungerstreik sollte die Propaganda von den wahren Absichten der Kommunisten abgeklärt werden, und das Gerücht, daß diese oder weniger verführter Menschen war in Aussicht genommen, um die vorhandene Erregung künstlich zum Sieden zu bringen. Die letzten Ausgaben der Berliner Notensache geben eine Bestätigung dafür, daß eine Aktion geplant war, zu deren Vorbereitung die Sitzung des Zentralkomitees der Kommunisten in der vergangenen Woche in Berlin einberufen wurde. Die Agitatoren im Lande mußten unterrichtet, und ihnen Richtlinien mit auf den Weg gegeben werden. Schon kommen als Auswirkung dieser Vorbereitungen aus allen Ecken Deutschlands „einstimmig gefaßte“ Resolutionen, die von dem Generalstreik sprechen, falls nicht in aller Kürze dem Arbeitslosenstand abgeholfen wird, und die Nichtenburger politischen Gefangenen auf freien Fuß gesetzt werden. So vorbereitet auch die neuen Pläne der Kommunisten sein mögen, so gut ist die Regierung von all den Dingen unterrichtet, die von kommunistischer Seite in der nächsten Zeit zur Ausführung gelangen sollten. Das Reichstagskabinett wie auch die preussische Regierung stehen ganz abgesehen davon, daß jede kommunistische Aktion heute nur eine Reaktion sein kann — irgendwelchen Gewalttaten gewappnet gegenüber. Gerade die Regierung, Wirtschaft und das Kabinett Brauns haben volles Verständnis für die augenblickliche Erregung, und sie haben bereits in verschiedenen Sitzungen beraten, was zu tun ist, um den gegenwärtigen Zuständen abzuhelfen. Maßnahmen zur Verringerung der Not sind in Vorbereitung, und Mittel und Wege sind vorgesehen, um den Kaluta- und Buchergewinnern das Handwerk zu legen. Gleichzeitig sind die Regierungen aber auch klar darüber, daß jeder Gewaltplan schnellstens erledigt werden muß. Die Zeit ist zu ernst, um Deutschland durch kommunistische Wahnsinnsmethoden abermals in schwere innere Wirren zu verwickeln, und gerade weiß sich die Regierung des Reiches und die in Preußen beheimatet sind, gerade deshalb werden die Gewalttaten, die die in ihren Anfängen begriffene Wiederarbeit zu lösen vermögen, nicht nur in ihren Anfängen mit entschiedenen Mitteln erstickt.

Zu irgendwelcher Beunruhigung der Bevölkerung ist also kein Anlaß gegeben. Wenn auch die bürgerliche Presse die augenblickliche Situation benutzt, gegen die Sozialdemokratie zu hetzen, so sind hierbei die Hebertreibungen zu berücksichtigen, und man muß den herrschenden nachempfinden, daß sie zu dieser Hege Bedürfnis haben. Umso weniger besteht ein Anlaß zur Beunruhigung, als der überproportionale Teil der deutschen Arbeiterschaft der kommunistischen Wahnsinnspropaganda angehängt hat und bereit sein wird, die Regierung zu unterstützen, wenn sie in die Lage versetzt ist, gegen Gewalttäter von links vorzugehen.

Deutschland muß zahlen.

Wie unser Berliner Mitarbeiter erzählt, hat der erste britische Delegierte in der Reparationskommission dem Reichskanzler Dr. Brüning kurz vor der Abreise im Auftrage der Gesamtkommission folgende Erklärung überreicht: „Deutschland kann und muß bezahlen. Die Reparationskommission hat darin erwidert, daß die Zahlungsbedingungen nicht abgeändert werden. Deutschland ist reich an Hilfsquellen und alle seine Fabriken arbeiten.“ Sei dieser Sachlage ist Deutschland imstande, sich die erforderlichen Kredite zu beschaffen.“

Die Reichsregierung beschäftigte sich gestern nachmittags in einer streng vertraulichen Aussprache mit dem Reparationsproblem. Auch heute kann nur wieder betont werden, daß für die Regierung die Entlastung der Eisenbahnen außerhalb jeder Diskussion steht. Man will versuchen, nach Möglichkeit durch Hilfe der Industrie im Ausland ein kurzfristiges Darlehen zur Erledigung unserer Januar- und Februarverpflichtungen anzunehmen. Schritte sind in dieser Beziehung bereits unternommen, offizielle Verhandlungen jedoch noch nicht eingeleitet.

Die Geschäftsplünderungen in Berlin.

Wie Berliner Blätter mitteilen, ereignete sich gestern eine Plünderung in Berlin im Anschluß an eine Erwerbslosenversammlung. Wie die polizeilichen Feststellungen ergeben haben, sind die Plünderungen durch Leute veranlaßt worden, die seit langem im Gegensatz zur organisierten Arbeiter-Schaft stehen.

Steigen der Mark.

An der gestrigen Berliner Börse trat eine beträchtliche Abschwächung der Devisenkurse ein. Es notierten Kabel New York 270,75, London 1085, Holland 9525.

Neues Recht für uneheliche Kinder.

Reichsjustizminister Dr. Brüning hat auf eine Anfrage im Reichstage geantwortet, daß im Reichsjustizministerium ein neuer Entwurf über das Recht der unehelichen Kinder aufgestellt worden ist. Der Entwurf werde noch mit Vertretern der Länder durchgesprochen und mit möglichst bester Befriedigung dem Reichstage vorgelegt werden.

Der Bund der Kinderreichen

Briand über Frankreichs Nengste

Gestern hat der französische Ministerpräsident in Washington Gelegenheit genommen, die angekündigten Ausführungen über die Abrüstung abzugeben. Auch in Washington erneuerte Briand nochmals die Versicherung von Frankreichs Friedensliebe und stellte die bekannte Behauptung auf, Frankreich schließe mit seiner Armee den Frieden und je stärker Frankreichs Heer daselbst, desto sicherer sei der Friede Europas. Dann sprach der französische Ministerpräsident über die „bestehende Gefahr“, die an Frankreichs Ostgrenze lauere, wiederholte sein Klagegebet über deutsche Revanchegedanken und den „höhen Willen der Nachbarn“, die nur unter härtestem Zwang sich dazu bereit erklären würden, das gutzumachen, was sie im Kriege Frankreich an Schäden zugefügt hätten. Ludendorff bezeichnete Briand als das geistige Oberhaupt jener deutschen Richtung, die dahin strebe, die Früchte französischer Fleißes zu vernichten und den Revanchegedanken zu verwickeln. Dennoch aber gestand Briand, daß es auch in Deutschland eine Friedenspartei gäbe und spendete dem Reichskanzler Brüning und der gegenwärtigen Regierung Lob, da sie es sei, die nach Möglichkeit für die Durchführung des Versailler Vertrages arbeite. Dieser letzte Hinweis war jedoch nur ein Zugeständnis an die sich lananzweilende Verlammlung, denn kaum hat Briand mit der Lobspende geendet, als er mit neuen Enthüllungen fortfuhr und andeutete, daß die deutsche Polizei vom Wehrminister und dem Chef der Heeresleitung geheime Instruktionen erhalte und daß Deutschland jederzeit in der Lage sei, eine wohlausgerüstete Truppenmacht anzuführen.

Auch die Vorgänge in Rußland und in Ungarn, die Briand bei der Besprechung der Lage Europas erwähnte, sind nach seiner Ansicht Zeichen für die gefährliche europäische Lage. „Glauben Sie“, so rief der französische Ministerpräsident, „daß Frankreich in dieser Lage abruhen darf?“ Und trotz alledem, Frankreich rüfete ab! Das französische Gehege bestimme, daß drei Jahresklassen drei Jahre lang unter den Waffen dienen sollen. Trotzdem hat die Regierung diese Zahl auf zwei Jahresklassen für den zweijährigen Dienst herabgemindert. Weitere Heeresvermindierungen sind in Vorbereitung. Zum Schluß forderte Briand von den Entente-mächten Garantien für dieses einseitige und unwichtige Zugeständnis.

Anschließend sprach der englische Minister Balfour, der feststellen mußte, daß die Ausführungen Briands aus einer „ganz unberichtigten Aug“ zu erklären sind, aber auch nicht widersprach. Der belgische und amerikanische Vertreter erklärten sich wie der Delegierte der englischen Regierung mit den Ausführungen Briands einverstanden. Da mit der gestrigen Aussprache in Washington das Abrüstungsproblem erledigt sein soll, ist anzunehmen, daß in Bezug auf die Stärke der Truppenmächte zu Lande bei den Entente-mächten keinerlei große Veränderungen eintreten.

Schlimme Aussichten für Polnisch-Oberschlesien.

Die Folgen der kommenden Abtretung des ober-schlesischen Industriegebietes gehen sich schon in Besorgnissen um die Ernährung der Bevölkerung dieses Landesteiles. Gewiß sind die Ernährungsverhältnisse in Deutschland alles andere als glänzend, und die Teuerung ist riesengroß. Daß aber die Oberschlesier, wenn sie demnächst polnisch werden, noch wesentlich schlimmere Zeiten zu gewärtigen haben, geht aus folgenden Tatsachen hervor: In Katowice haben jüngst Verhandlungen zwischen Vertretern des polnischen Volkstaats und dem Arbeitgeberverband der ober-schlesischen Bergwerks- und Hüttenindustrie über die Ernährungsfrage stattgefunden. Dabei ergab sich, daß die polnischen Vertreter erklärten, die Übernahme des deutschen Systems, wo zwei Drittel des Wohlbedarfs zu einem billigeren Preise von dem Reiche geliefert wird, wahrscheinlich an dem Widerstande des polnischen Finanzministeriums scheitern würde. Es wird also das Brot in Oberschlesien noch wesentlich teurer werden, als bisher. — Es fehlen in dem ober-schlesischen Industriegebiet noch 750 000 Zentner Kartoffeln. Auf die Frage, ob der polnische Staat in der Lage sei, diese Kartoffeln zu einem Preise bis zu höchstens 80 Mark je Zentner zu liefern, wurde erwidert, daß in Polen eine vollständige Kartoffelmisere gemein sei. Die Kartoffeln würden an den ober-schlesischen Grenzstationen einen Preis von mindestens 150 Papiermark haben. — Zur Lieferung von 4000 bis 5000 Schweinen im Monat erklärte sich die polnische Vertretung bereit, jedoch werde sich der Preis im Kleinverkauf auf mindestens 25 Mark stellen, was 3 bis 4 Mark über dem Kleinverkaufspreis in Berlin liegt.

Die inneren Kämpfe in Polen.

Warschau, 21. November. (Drahtbericht.) Auch nach der Sejmabstimmung über die Währungsfrage tobte der Parteistreit und die Pressepolemik heftig weiter und zieht die Regierungssache in ihre Kreise. Nur der Einfluß Piłsudskis hat die schwache Regierungsmehrheit von 13 Stimmen zustande gebracht, die allgemein als ungenügend für das weitere Verbleiben Piłsudskis im Amte angesehen wird, umso mehr als gerade die Stimmen der jüdischen Fraktion für die Regierung den Ausschlag gegeben haben. Somit schwebt abermals eine Regierungskrise in der Luft. Piłsudski hingegen hält sich als Sieger. Er ist in das fruchtige Gebiet gereist und hat in Lida in einer Rede im Offizierskaffee erklärt, er habe sein 1919 gegebenes Versprechen gehalten: Als Sohn der Wlanaerde habe er selber mit dem Schwerte seine Stimme abgegeben; er sei auch jetzt bereit, die Entscheidung der Bevölkerung abermals mit Waffengewalt zu verteidigen. Wie aus Wilna gemeldet wird, verläßt General Ze-

Das Reparationsproblem.

(Schluß.)

Wir haben bisher nur die volkswirtschaftliche Seite des Reparationsproblems betrachtet. Es hat für Deutschland auch eine finanzpolitische. Und diese ist gerade, was die Wirkung nach außen anlangt, besonders wichtig. Denn nur, wenn wir an der Hand eines ausführlichen Finanz- und Wirtschaftsplans den Staatsmännern der Entente darlegen, und beweisen, daß wir unter gewissen Voraussetzungen bei Gewährung gewisser Konzessionen zu Reparationsleistungen in bestimmtem Umfang fähig sind, nur dann besteht die Möglichkeit, diese Konzessionen zu erlangen. Dann dürfen wir aber auch solches hoffen! Denn welcher Staatsmann könnte es wagen, von einer allgemeinen Wirtschaftskontingenz mit leeren Händen wegzugehen und billige Konzessionen zu verweigern wenn wir einen wissenschaftlich begründeten Plan zur Lösung des Reparationsproblems vorgelegt hätten? Er müßte zum mindesten an dessen Stelle einen besseren Vorschlag setzen; aber wo in der Welt sind solche gemacht worden?

Es handelt sich, innerpolitisch gesehen, für Deutschland nicht nur um Budget- und Steuerfragen. Die Erfassung der durch unsere Ausfuhr geschaffenen Devisen, soweit sie nicht für Rohstoffeinfuhren gebraucht werden, internationale Vereinbarungen zur Kontrolle des ins Ausland flüchtenden Kapitals sind ebenso wichtig. Darüber braucht kein Wort verloren zu werden. Aber kann Deutschland überhaupt 1922 erhebliche Summen in seinem Etat für Reparationszwecke flüssig machen?

Die Antwort scheint, wie auch Hermes in seiner großen Finanzrede ausgeführt hat, vom Stande der Valuta abzuhängen; und sicher ist, daß Deutschland nicht entzerrt die Reparationsschulden in ihrem jetzigen Jahresbetrage leisten kann (abgesehen von den Sachleistungen, deren Bewertung von der Valuta nicht abhängig ist), wenn der Dollar auf 300, 250 oder auch nur 150 steht. Und andererseits hängt die Hebung der Valuta umgekehrt wieder von der Stellung der Notenpresse, also der Bilanzierung des Etats ab. Diese Fragen können also nur im Zusammenhang gelöst werden, nur ein allumfassender Wirtschaftsplan kann den Zirkel durchbrechen.

Man muß also bei Aufstellung unseres Haushaltsplans für die Entente, deren Maßnahmen ja die Hebung unserer Valuta herbeiführen sollen, nicht von dem jetzigen zufälligen Stand der Valuta, sondern von ihrem natürlichen Ausgehen, wie er durch das Kaufkraftverhältnis von Papiermark und Golddollar bestimmt wird. Dieses ist jetzt etwa 1 : 60—65 (wenn man berücksichtigt, daß das scharfe Steigen der Großhandelspreise bei uns in letzter Zeit zum Teil auf die Uebervwertung des Dollars zurückzuführen ist). So berechnet würde ein Betrag von 50 Milliarden Papiermark ausreichen, um ca. 3 1/2 Milliarden Goldmark zu bezahlen. Ist dieser Betrag erschwinglich?

Nach den Angaben von Hermes können aus dem ordentlichen Etat 1922 für Reparationszwecke zirka 30 Milliarden Mark zur Verfügung gestellt werden. Im außerordentlichen Etat stehen nur noch Ausgaben, wie für Wohnungsbau, für einmalige Zuschüsse zu den Betriebsverwaltungen, für Entschädigungen an Auslandsdeutsche usw., die auch in normalen Zeiten nicht aus den laufenden Einnahmen bestritten werden können, sondern auf Anleihe zu übernehmen sind. Nur die Zinsen für diese kommen also in Betracht.

Davon abgesehen fehlen noch 20 Milliarden zur Deckung des oben berechneten Reparationsbedarfes. Nun können Einkommen- und Erbschaftsteuer bei härterer Erfassung fraglos einige Milliarden mehr bringen; ferner erfordert schon die Gerechtigkeit, daß neben die zehnprozentige Kapitalertragsteuer eine ebenso hohe Besteuerung des im Gewerbe angelegten und von der Körperschaftsteuer nur teilweise betroffenen, sowie des im Boden stehenden Kapitals treten (dies wird von der — vorläufig im Staatsrat abgelehnten! — preussischen Grundsteuer nur unvollkommen erfüllt). Dann kommt eine Besteuerung der Kurzgewinne, Bezugsrechte und Kalkulationsgewinne, in Frage. Die Einführung des Devisenterminhandels, die auch den Dollarkurs unanfecht-

und geringer. Auch mit den Angehörigen des Reichsausschusses können sehr viele Oberbürger nicht befreundet. Sie sehen zum Teil sogar gegen die Tarifverträge. Die Zentralratverwaltung ist den Behörden gegen die Organisationen nicht so entgegengetreten, wie wir das fordern müssen.

Die Reden der verschiedenen Bürgerlichen waren im wesentlichen ein Wettlauf um die Gunst der Wähler.

Zur heutigen Debatte über die Lichtenburger Angelegenheit ist von den Genossen Limberg, Krüger und Heilmann folgender Antrag gestellt worden:

Der Landtag möge beschließen:
Das Staatsministerium zu ersuchen, auf die Reichsregierung dahin einzuwirken, daß die nach dem Märzpuß 1921 von den Sondergerichten gefällten und noch in der Vollstreckung befindlichen Urteile mit größter Beschleunigung mit der Maßgabe nachgeprüft werden, daß gegenüber allen nicht wegen gemeiner Verbrechen Verurteilten von dem Rechte der Begnadigung durch Erlass oder angemessene Milderung der Strafe Gebrauch gemacht wird.

In der Abendigung des Landtages gab zunächst der Vorsitzende des Interfraktionellen Ausschusses, Oppenhoff, einen Bericht über die Verhandlungen des Ausschusses, der am Sonntag zu der Lichtenburger Angelegenheit Stellung genommen hatte.

Die Unabhängigen haben einen Antrag eingebracht, der Anträge für alle Arbeiter fordert, die wegen revolutionärer Verbrechen verurteilt worden sind. Die großen Anträge und die Anträge der Kommunisten wurden von Wenzel begründet. In erster Linie beginnt er die Schädigung der Verhältnisse unter denen jetzt die Verurteilten leiden. Das deutsche Volk sei nichts mehr wert. Es verdiene aus der Fülle der Kulturvölker getrieben zu werden, wenn es Hunderte und Tausende von Unschuldigen im Justizhause schmachten ließe. Unter den Verurteilten befänden sich viele, die Kriegskämpfer seien oder Feinde des Eisernen Kreuzes wären. Er schloß ausführlich angebliche Mißhandlungen, welchen die Gefangenen ausgesetzt seien, bei ihrer Gefangennahme, sowie teilweise auch noch im Gefängnis oder Justizhaus. Viele seien nur dort auf Grund von Gerüchten, die ihnen durch Mißhandlungen erpreßt worden seien. Vom Justizministerium angeordnete Gefängnisbesuche seien in Justizhäusern nicht durchgeführt worden. Unter lebhaftem Protest der Mehrheit des Hauses erklärt Wenzel sich für einen Ehrenmann, der sich nur in seinen Methoden geirrt habe. Dann gibt Wenzel eine Darstellung von den Verhältnissen in verschiedenen Justizhäusern und von dem dortigen Leben bei Torgau. Wenn diese Mißhandlungen stimmen, sind die Zustände dort allerdings skandalös. Wenzel erzählt, daß dort in einem Arbeitskaal, in dem auch gefesselt werde, der Abort sich befindet, so daß es besonders im Sommer vor Gestank dort nicht auszuhalten sei. Der Gefangenen würden viele Vergünstigungen entgegen: ein Major käufe aber, der dort liege, bekomme täglich den Besuch seiner Frau. Wenn die herabgekommene Leiter der Justiz nicht für sofortige Abhilfe sorgen, müsse sich das deutsche Volk selber helfen, emerlei auf weisse Weise. Weitere Einzelheiten über die Behandlung von Gefangenen in Lichtenburg, aber auch in vielen anderen Strafanstalten, werden von den Kommunisten mit lebhaften Entrüstungsrufen begleitet. Viele dieser Beschwerden hängen aber nicht aus der letzten Zeit, sondern aus dem Sommer. Aber auch darunter befinden sich eine Reihe empörender Verfälle. Wenn sie von Wenzel richtig geschildert worden sind, so daß man die Erregung darüber wohl begreifen kann.

Ein Ministerialdirektor als Vertreter der Regierung nahm nach dem Kommunisten Wenzel das Wort. Er schilderte zunächst die Freilassung und Begnadigung der Gefangenen Reichsausschusses. Im übrigen habe die preussische Justizverwaltung alles getan, um die unglücklichen Leute vom Selbstmorde abzuhalten. Das sei durchaus geübt. Nach einer Nachricht von heute um 7 Uhr, haben von 96 Gefangenen, die sich noch in Lichtenburg befinden, alle bis auf 2 das Hungern aufgegeben. Diese beiden nach Torgau überführt, und von ihnen haben alle, bis auf 13, das Hungern aufgegeben. Die Ueberführung sei durchaus ruhig, ohne Gewaltanwendung, erfolgt. Es sei festgestellt worden, daß die Gefangenen in der vergangenen Woche nicht durchweg gehungert haben. Sie haben sich warmes Wasser gefordert und mit Hilfe von Fett, Salz, sowie der Lebensmittel, die sie noch von ihren Angehörigen mitgenommen hatten, sich Suppen gekocht und unternander geteilt haben, so daß sie zwar sehr knapp gelebt, aber nicht abgestorben hätten. Im übrigen wendet sich der Regierungsvorredner gegen eine Anzahl von Behauptungen des kommunistischen Redners, die er als falsch oder übertrieben bezeichnet. Die ganze Rede wird unterbrochen von lebhaften Protesten der Kommunisten, die sich infolgedessen eine Reihe von Ordnungsrufen zuziehen.

Es sprachen dann noch zwei Regierungsvorredner, von denen der eine Protokolle von Lichtenburger Gefangenen verlas, aus denen die Vorbereitung des Hungerstreiks und keine Kontrolle durch Kommunisten hervorging, aber auch, daß die Gefangenen auch in der Hungerzeit eigene Lebensmittel unter sich verteilt haben.

Genosse Kuttner

begründet die sozialdemokratische Haltung. Die Behauptung, daß die Schreckensurteile nach dem März ein Beweis für die Treue der Richter zur Republik seien, ist natürlich falsch. Auch heute noch trägt die Justiz zur Unterdrückung von Ruhe und Ordnung bei. Trotzdem können wir eine allgemeine Amnestie nicht befürworten, weil sich, wie die Unterdrückung ergab, auch gemeine Verbrechen unter den Verurteilten befinden. Wenn Verbrechen von Sozialdemokraten festgesetzt wurden, so war dies das Bedenken der Sozialdemokratie. Die Kommunisten sähen den Gefangenen sicher nicht, wenn sie die Märzaktion nur als Vorübung bezeichnen. Dadurch machen sie natürlich eine allgemeine Amnestie sehr schwer. Wenn man an den Bürgerkrieg appelliert, dann glaubt man dem rührenden Appell an die Menschheit nicht, wie Wenzel das hier vorbrachte. Aber nicht immer urteilen Kommunisten so. Die Metallarbeiter Berlins haben eine Entschlieung für die Entlassung der politischen Gefangenen angenommen, aber unter kommunistischem Einfluß einen Antrag abgelehnt, das sei die Forderung an England zu richten, obwohl sich auch in England Tragödien abspielten. Viele der Gefangenen, um die es sich hier handelt, haben sich einer Bewegung angeschlossen, ohne sich über ihre Berechtigung Rechenschaft zu geben. Wir wollen, daß der Staat Angehörige abwehrt, aber Verbrechen aus politischen Motiven machen nicht unterdrückt. Viele Leute hätten nicht zu Justizhäusern verurteilt werden dürfen. Auch die Strafvollstreckung bei politischen Gefangenen darf uns in der Freiheitsbewegung beschämen. Das darüber hinaus geht, ist unverantwortlich. Die Art und Weise, wie man Toller behandelt, ist ein Schandfleck für eine Nation. In Lichtenburg sitzen diese Leute. In Halle wurde ein Mörder, dessen Tat vor dem Untersuchungs-ausschuss zweifelhaft festgestellt wurde, freigesprochen. Wie aufreißend solche Praxis wirkt, liegt in der Hand. Möge diese Debatte wenigstens das eine Gute haben, daß sie so rasch wie möglich in unsere Justiz Besserung einführt.

Schmidt vom Zentrum hielt eine faßliche Rede, die dahin ging, daß kein politisches Vergehen gegenüber Gewerbe in weitaus höherem Maße geübt werden soll.

Von Dr. Cohn (USP), hörte man eine geistvolle Rede über den idealen Strafvollzug, die wir allerdings schon mehrere Male von ihm hörten. Er kam diese Rede nach der mancher Gegenüber halten, sie wird immer gleich schön sein, aber von der Lichtenburger Sache sprach er sehr wenig.

Nach Witzmann wurde den Kommunisten, die so lange auf schmerzliche Bekämpfung der Sache gedrängt hatten, die Lösung zu lange. Sie erwiderten sich eindringlich bei unseren Genossen, ob sie wirklich diese Nacht die Debatte zu Ende bringen wollten. Sie

unfähigkeit des Hauses bei der Auszahlung, weil die Bürgerlichen nicht in den Saal zurückkehrten.

Die nächste Sitzung wurde von dem Präsidenten sofort angelegt. Dann nahm die Abstimmung einen guten Verlauf. Die kommunistischen Anträge wurden teils dem Rechtsausschuss überwiesen, teils abgelehnt. Auch ein unabhängiger Antrag wurde abgelehnt. Der sozialdemokratische Antrag wurde angenommen. Rasi Wolfstein kam dann gegen 1/3 Uhr zum Schlusswort, wobei sie sich noch mehrere Ordnungsrufe holte.

Sturm laufen gegen den Achtstundentag.

Die wachsende Strömung in Unternehmerkreisen gegen den Achtstundentag äußert sich u. a. in mancherlei Eingaben an den Reichstag. So petitionieren die Buchdrucker-Unternehmer Leipzigs für Durchbrechung der achtstündigen Arbeitszeit. Eine besonders geschäftige Eingabe leistet sich der Einzelhandelsbund Niederrheins, der im Achtstundentag die Wurzel allen Übels erblickt. Die jungen Leute würden auf die Straße getrieben und ihnen damit zum Kaufmännischen, Herumstreifen und zur Verschlechterung der Sitten der beste Fortschritt geleistet. Die Eingabe enthält dann dieselben Argumente, die jahrhundertlang gegen die Sonntagsruhe und den früheren Abend-schluß im Kleinhandel vorgebracht worden sind. Die Rundschau könnte nicht kaufen, weil sie erst dann von der Arbeit komme, wenn die Läden geschlossen sind und ähnliche Einwände mehr, die längst durch die Praxis widerlegt sind.

Gefahren für das deutsche Buch.

Der Ministerer Universitätsprofessor und Reichstagsabgeordnete D. Dr. Schreiber weist in einer Reichstagsanfrage darauf hin, daß der Ausverkauf deutscher Ware auch das deutsche wissenschaftliche Buch zu erfassen drohe. Dadurch könne eine Knappheit der wissenschaftlichen Literatur in Deutschland entstehen, die von Akademikern und Geistesarbeitern als eine große Erschwerung empfunden werden würde. Der Abgeordnete fragt die Reichsregierung, welche Maßnahmen sie zu ergreifen gedenke, um die Ausfuhr des deutschen wissenschaftlichen Buches zu unangemessenen niedrigen Preisen abzuwenden.

Die kleine Koalition in Baden bleibt stetig.

Der badische Landtag wählte mit 38 von 51 abgegebenen Stimmen die bisherigen Minister (wieder). Zum Staatspräsidenten wurde der Abgeordnete Hummel (Demokrat) gewählt, zum stellvertretenden Staatspräsidenten Traut (Zentrum).

Aus aller Welt.

Chinaschiff als Folge eines mexikanischen Films. In den „Union-Visionen“ in Berlin gelangte kürzlich der Film „Geheimnisse der Chinesen und ihre Folgen“ mit Erläuterungen zur Darstellung, nachdem die Zeitung des „Reichers“ das Publikum darauf aufmerksam gemacht hatte, daß mancherlei schiefliche Bilder gezeigt werden würden und man gewissermaßen seine Nerven präparieren müsse. Nachdem ein Teil des Bildstreifens abgerollt war, erhoben sich drei Damen und verließen stuhmartig den Zuschauerraum. Die männlichen Zuschauer blieben zunächst sitzen, doch dauerte es nicht lange, als nacheinander auch die jungen Leute von ihren Sitzen rutschten. Während sich sieben der Ohnmächtigen in der frischen Luft schnell erholten, mußte der achte, ein Kaufmann aus Sieglitz, nach der nächsten Rettungsstelle geschafft werden.

Reisegeld in München ein Pariser Kaufmann, der für 1 1/2 Millionen Mark Brillanten nach Frankreich verschoben wollte. Er wurde der Justiz übergeben und dann dem Finanzamt, wo er 200 000 Mark Luxussteuer zahlen mußte. Daraufhin wurde er wieder auf freien Fuß gesetzt.

Diebstahl einer Dollarfelle. In Wiesbaden bei der Filiale einer Großbank ist eine Kasse mit Dollarnoten im Werte von mindestens 20 Millionen Mark gestohlen worden. Die Kasse, die tagsüber an den Kassierern benutzt und über Nacht in den Banktresor eingeworfen wird, war am Morgen nach dem Aufbruch nicht mehr aufzufinden.

Ein Schloß 15 Jahre alt. Ein auf der Zeche „Eisener Lippe“ bei Bochum beschäftigter Schloßer erhielt aus Amerika die Mitteilung, daß ihm von dort eine Erbschaft in Höhe von 50 580 Dollar, nach dem letzten Kurs nahezu 15 Millionen Mark, zugefallen seien.

Der Chemiker Albert. Wie aus Mannheim gemeldet wird, hat sich der Komponist und Pianist Eugen Albert laut dort angelegenen Aufgebots zum ersten Male verheiratet und zwar mit Fräulein Hilja Fels, einer in Mannheim wohnhaften bayerischen Staatsangehörigen. Mit seinem Künstler-namen wird er bereit, wenn er die Sage kein Dasein umflüht, das Andenken eines Mannes hinterlassen, den die Wütter allen jaghaften Freiern zum Vorbild und Exempel hinstellen.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Rußlandhilfe der Gewerkschaften.

Der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes (I.G.B.) hat bekanntlich einen Vertrag mit der russischen Sowjetregierung abgeschlossen, der die ungehinderte Durchführung der internationalen Gewerkschaftshilfe für die notleidende Bevölkerung in Rußland sichern soll. Auf Grund dieses Vertrages eröffnet der I. G. B. demnächst ein Zentralbüro in Petersburg, zu dessen Leitung der englische Gewerkschaftsführer D. Webb gewonnen worden ist. Als Stapelplatz für die vom I. G. B. in den verschiedenen Ländern gekauften Lebensmittel ist Hamburg gewählt, von wo sie so schnell als möglich nach Petersburg transportiert und dann unter Leitung des unter D. Webb stehenden Personal nach ihren Bestimmungsorten überführt werden. Mit der Errichtung eines ersten Kinderheims in einer von der russischen Regierung noch näher zu bestimmenden Stadt soll sofort begonnen werden. In dem Heim werden 1000 Kinder aufgenommen und auf Kosten des I. G. B. verpflegt werden. Die Errichtung weiterer Kinderheime ist in Aussicht genommen. Die in Deutschland eingekauften Medikamente zur Bekämpfung der Seuchen hat der I. G. B. nach einer persönlichen Unterhandlung mit Professor K. A. S. dem Internationalen Roten Kreuz für keine Hilfsaktion zur Verfügung gestellt. Diese Medikamente tragen jedoch auf ihrer Verpackung den Namen des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

Durch den erwähnten Vertrag mit der russischen Regierung und die daraufhin vom I. G. B. getroffenen Maßnahmen sind alle Bürgerlichen gegeben, daß die zur Linderung der Not in Rußland spendenden Gaben auch wirklich in die rechten Hände kommen. Um so mehr ist es erforderlich, daß die Sammlungen, zu denen der I. G. B. erneut aufgerufen hat, auch in Deutschland nach Möglichkeit fortgesetzt werden.

Bekämpfungen zu einem einheitlichen Berufsverband der Textilarbeiter in den Vereinigten Staaten.

(S.S.B.) Wie die „New-York Call“ berichtet, sind unter den organisierten Textilarbeitern in den Vereinigten Staaten Forderungen im Gange, alle unabhängigen und sozialistischen Gewerkschaften in einer einheitlichen Organisation zu vereinen, die den Namen: Vereinigte Verbände der Textilarbeiter Americas (Federated Textile Unions of America) führen soll. Auch den Vereinigten amerikanischen Textilarbeitern (Amalgamated Textile Workers of America) und dem Nationalverband der Textilarbeiter (American Federation of Textile Operatives) haben sich andere Verbände diesem Plan bereits angeschlossen. Aus anderen

der am 15. Oktober in New-York eröffnet wurde, wurden die Forderungen der geplanten Einheitsorganisation angenommen und den Lokalverbänden zur Annahme empfohlen. Die Delegierten gaben in einer Resolution ihrem Bedauern Ausdruck, daß der Zusammenschluß mit den Vereinigten Bekleidungsarbeiter von America (Amalgamated Clothing Workers of America) nicht erfolgt sei und sprachen die Hoffnung aus, daß es doch noch zu einem mächtigen Industrieverband der Textil- und Bekleidungsarbeiter kommen werde.

Der Kongress sprach sich gegen Akkordarbeit und für eine Arbeitswoche von 44 Stunden aus.

Die Wirkung der Lohnreduktionen.

Wie die Kaufkraft der Arbeiterschaft infolge der Lohnreduktionen, der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit vermindert wurde, beweist die Statistik der englischen Genossenschaften, die 4 Millionen Arbeiterfamilien mit Verbrauchsartikeln versehen. Die Großverbrauchsorganisation von Manchester verzeichnete für die erste Hälfte des Jahres einen 17prozentigen Rückgang des Waren-umsatzes im Vergleich zu der entsprechenden Periode des Vorjahres, die von Glasgow einen Rückgang von 10,5 Prozent. Beide Genossenschaften haben sehr hohe Verluste erlitten. Allerdings trägt auch der Preisrückgang zur Verminderung des Umsatzes bei. Der Umsatz in Lebensmitteln ist am wenigsten zurückgegangen, da diese am unempfindlichsten sind. In der eher empfindlichen Umkleverminderung von durchschnittlich 17 Prozent ist der Rückgang in Bezug von Möbeln und Hausgeräten mit 36 Proz., von Bekleidungsartikeln mit 55-59 Prozent, von Schuhwaren mit 66 bis 69 Prozent angegeben.

Die Angestelltenzeiger und die Int. Zeiger.

Aus Angestelltenkreisen schreibt man uns:
Die plötzliche sprunghafte Steigerung der Preise für sämtliche Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände hat ein starkes Heraus-schnellen der Int. Zeiger zur Folge gehabt, ohne daß dadurch den Angestellten ein Vorteil erwachsen wäre. Im Gegenteil tritt eine um so härtere Benachteiligung ein, je schneller die Preise steigen, da in Breslau die aus der Int. Zeiger errechneten erhöhten Sätze erst volle 6 Wochen später zur Auszahlung gelangen, am 30. November also das Einkommen erst den Preisen, die Anfang Oktober bestanden, angepaßt ist.

Dieser Zustand muß nachgerade als unhaltbar bezeichnet werden, wenn nicht eine immer härtere Verschuldung, insbesondere der verheirateten und nicht bei Angehörigen wohnenden Angestellten eintreten soll.

Wenn auch angeblich technische Schwierigkeiten eine frühere Errechnung der Gehaltsläge unmöglich machen, so müssen doch Mittel und Wege gefunden werden, um die den Angestellten daraus erwachsenden großen Nachteile aufzuheben. Die Auszahlung muß für den laufenden Monat ermöglicht werden, geht es nicht am letzten des laufenden Monats, so muß die Nachzahlung des erhöhten Sates am 15. des folgenden Monats möglich sein, zumal die Gehälter doch nachträglich gezahlt werden. Der oft angeführte Grund, beim Fehlen der Preise würden dann die höheren Sätze länger gezahlt, als die Teuerung anhängt, ist nicht stichhaltig; denn für eine in Jahr und Tag vielmehr einmal erfolgende Preislenkung kann ich meinen hungerigen Kindern heute kein Brot kaufen. Und wenn ein pflichtiger, aber kurz anhaltender Preissturz kommt, so haben die Angestellten wohl einen oder zwei Monate nach höherer Gehälter, aber ein Ausgleich für die monatelange Kinderbezugszahlung erfolgt nicht. Es ist höchste Zeit, daß hier alle maßgebenden Stellen zusammenarbeiten, um eine Besserung herbeizuführen.

Vorsorge für die kommende Arbeitslosigkeit. Am 10. November fand unter Vorsitz des Ministers Dr. Brauns eine Besprechung der Spitzenverbände der Arbeiter und der Unternehmer darüber statt, ob und wie sich schon jetzt Maßnahmen für die kommende Arbeitslosigkeit schaffen lassen. Nach den einleitenden Bemerkungen des Ministers sind nachdrückliche Bemühungen um Bereitstellung von Arbeit für die kritische Zeit im Gange. Dieses könne die Erwerbslosigkeit mildern, aber nicht vermeiden. Der Minister hält die Selbsthilfe der Arbeiter und Unternehmer für unentbehrlich. Er schlug vor, aus der im Entwurf vorliegenden Arbeitslosenversicherung vorzusprechen, daß die Beiträge schon jetzt erhoben werden, damit sie als Rücklage für die Uebergangszeit dienen können. Mithin könnten aber auch die Arbeiter und Unternehmer der besonders von der kommenden Arbeitslosigkeit bedrohten Industrien im freiwilligen Zusammenwirken Rücklagen schaffen. Die Vertreter des DGB wünschten, daß schon jetzt die Vorbereitungen getroffen werden, umfangreichen Notstandsarbeiten und öffentlichen Aufträge bereitzustellen für die kommende Zeit der Not. Weiter Ausbau der „produktiven Erwerbslosenfürsorge“. Der Preiswucherer müsse mit mehr Energie bekämpft werden, da dieser den Innenmarkt völlig gerichte. Der DGB verlangte weiter weitestgehenden Schutz gegen Entlassungen und Durchführung der Arbeitslenkung. Die Unterstützung der Kurzarbeiter und Arbeitslosen müsse in weitem Maße aus den Mitteln der Industrie fließen, die zurzeit riesige Konjunkturgewinne erzielt. Darum müsse verlangt werden, daß Handel und Industrie zu entsprechenden Rücklagen verpflichtet werden, umso mehr, als die Arbeiter bereits freiwillig ihre Befassung auf sich genommen haben durch die freiwilligen Arbeitslosigkeitsbeiträge, die in weitem Maße der Arbeitslosenunterstützung dienen. Die Vertreter der DGB lehnten daher die Vornahme der Beitragszahlung für die kommende Arbeitslosen-Unterstützung ab. Die gemeinsamen Beratungen betreffend Vorsorge für die kommende Arbeitslosigkeit werden demnächst fortgesetzt.

Einigung in den Lohnverhandlungen der obersteilischen Eisenhütten- und Metallindustrie. Nach eingehenden, schwierigen Verhandlungen ist am Montag nachmittag auch über die Lohnzulage bei den Erzgruben, in der Eisenhütten- und Metallhüttenindustrie sowie den gleichgestellten großindustriellen Betrieben eine Einigung zustande gekommen. Neben der Erhöhung des Monatslohns um je 1,50 Mark wurde eine durchschnittliche Lohnzulage von 25,50 Mark vereinbart. Den geringen Abstand von 1,50 Mark gegenüber der im Steinlohlenbergbau gewährten Lohnzulage glauben die Vertreter der Eisenhütten mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse des Steinlohlenbergbaus nicht aufgeben zu können. Die Verteilung der Durchschnittszulage auf die einzelnen Arbeiterkategorien erfolgt in den nächsten Tagen.

Die sächsischen Gasarbeiter in Hannover sind in den Streik getreten, weil die geforderten höheren Löhne nicht sofort ohne Genehmigung durch die sächsischen Kollegien ausgezahlt wurden.

Der Konflikt in den Bergwerken in Raunheim ist beigelegt. Die Arbeit wurde wieder aufgenommen, nachdem der Schieds-spruch des Ausschusses von beiden Seiten angenommen wurde. Damit ist der drohende allgemeine Ausfall der Metallarbeiter in Raunheim vermieden.

Streik der Zimmerer in Erfurt. In Erfurt haben die Zimmerer die Arbeit niedergelegt und sind in den Streik getreten. Die Thüringer Volkspresse bezeichnet diesen Streik als den Auftakt eines schweren Kampfes im gesamten Thüringer Bau-gewerbe.

Der Braunschweiger Transportsarbeiterstreik ist nach sieben-wöchentlicher Dauer auf Grund einer Entschöpfung des Demobil-waunungs-komitees erfolgt, dem sich die beiden Parteien im vor-aus unterworfen.

Lohnherabsetzungen in England. Kürzlich wird mitgeteilt, daß im Monat Oktober 1 700 000 Arbeiter in England eine Herab-setzung der Löhne hinnehmen mußten, während 200 000 eine Er-höhung erzielten. Insgesamt betrug die Herabsetzung der Löhne 490 000 Pf. Sterling monatlich.

Millionen Liebespäpchen

suchen küssend seit Jahrtausenden das Problem zu ergründen.

Was ist Liebe?

Ein monatelanger Kampf bei der Zensurbehörde begann für dieses rätselhafte Sittenbild, welches Berlin wochenlang in Aufregung versetzte.

Der Tanz um Liebe und Glück

bleibt ein Rätsel der Großstadtnächte.

Ein verbotenes Nachtkabarett
Schönheitstänze, in denen die bekannte Großindustrielle von eigenem Ehemann überrascht wird.

Am Lichtspiel Aus dumpfer Lust verbotener Liebe schreit die Flucht vor dem Gesetz ein tragisches Ende.

SchwabstraÙe 37.

Hafenlore

Nur noch 3 Tage!

Zum 4. Male verlängert

Der rasende Erfolg

ist die maßgeblichste Kritik

12 monumentale Akte
2 imposante Teile
in einem Riesensprogramm

Aufsehen erregende Enthüllungen geheimer Laster Hamburger Matrosenkneipen.

Beh! Lichtspiel

Heinrichstr. 21-23

ODEON-KINO

Der 3 Tage! Dienstag bis Donnerstag!

Der Schädel der Pharaonentochter

Ein atemberaubender Gang durch die Jahrtausende in 4 großen Akten

1. Akt: 20 v. Chr. 2. Akt: 10 v. Chr. 3. Akt: 5 v. Chr. 4. Akt: Mitte d. 18. Jahrh.

Durch ein Luftschiff gerettet!

Original amerikanischer Wild-West-Film

Original amerikanischer Wild-West-Film

Spannende, staunenswerte Handlung! Ereignis über Jagdgesellschaft, die von einem wilden Negerstamm gefangen genommen und in höchster Not mit Gefahr durch ein Luftschiff gerettet wird.

Ausgang: 4^U 6^U 8^U

Lichtspielhaus

Nur noch bis Donnerstag!

Der große Spielplan der Sensationen!

Der 5. Tag

Japanische Liebe - japanische Rache

Sensations-Monumentalfilm in 5 Akten nach dem Roman: Die Nacht der 1000 Seelen.

Die rote Jule

Reisefilm in 5 Akten

(Die Nächte des Ruppert Scharbach).

In beiden Theatern: Nobody, 8. Teil: Der Tyrann der Wüste

MK

Matthiasstraße 36 u. Moltkestraße 9

Die große Sensation! Variété-Schau:

Hans Borosé

der vielseitige Hexenmeister

Film-Schau: Mara, die Kellnerin

Frank Norton der Gentlemen-Abenteurer in dem nervenspannenden Abenteuerfilm

Der unheimliche Fahrgast

5 fesselnde Akte

ZEPTER-KINO

Wicki, der Verbrecherkönig

genannt Die Kanone

Form Wer Tränen ab

Horion, die Kaffeekampfanze

Für 4 alte Schallplatten

1 neueste oder größte Erziehung für die 2. und 3. Schuljahre mit dem Musikhaus Metzger, Breslau

Die Bollschule als Einheitschule

Son Dr. Max Apel. - 1.50 Mk. - 20% Spätling

Jupiter Lichtspiel

Nur 3 Tage!

Der gewaltigste und stärkste Sittenfilm:

Brillanten-Mieze

II. Teil - 6 Akte.

Die Tänzerin des Königs

Der maskierte Reiter

Odertor-Apollo

Nur von Dienstag bis Donnerstag!

Unbedingt sehen müssen Sie

den 5. u. aufregendsten Teil d. größt. Welt-Erfolges Der Mann ohne Namen

Anna Boleyn Königin von England.

Der Mann mit den eisernen Nerven

Seine Bruders Feind

SCHAUBURG VIKTORIA-THEATER

DK

Der große Detektiv-Monumentalfilm!

Der stamme Zeuge

Harry Piel

6 Akte.

Der Heiland und die Sünderin

Christus und Maria Magdalena

(La Redención) 6 Akte

Stanley-Truppe

Folterkönig Apollon

Walter Ruhfisch

3 Erst-Aufführungen!

Planetenschleber

Milliardäre in Not!

Der Kampf um die Heimat

Das Rätsel der Kriminalistik!

Die schwebende Frau

Nobody 9. Teil

Eden Theater

3 Erstaufrührungen!

Der größte Italien. Sensationsfilm!

Harry Piel

Selbst die Leistungen eines

werden durch diese Frau mit übermenschlich zu nennenden Kräften in den Schatten gestellt!

6 große Akte!

Unerhörte Kraftleistungen!

Toilkühnste Abenteuer!

Nie geschauter Sensationen!

Eine alles mit sich fortreibende Handlung!

Nobody 9. Teil

Die Woche fängt gut an!

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 22. November.

Sozialdemokratischer Verein.

Mittwoch, den 23. November, abends 7 1/2 Uhr, im Gebirgshaus, Weinstraße 53/55.

Frauen - Versammlung

Vortrag über:

Weihnachten und Friedensidee!

Jungsozialisten. Heute Dienstag, 8 Uhr, Zimmer 32 des Gewerkschaftshauses, Programm-Kursus (Dr. Reisser spricht über den theoretischen Teil).

Ueber die öffentliche Volksversammlung von gestern abend, in der Frau Mele Schreiber-Krieger sprach, kann infolge Raummangels erst morgen berichtet werden.

Abend, Jungsozialisten! Arbeitsgemeinschaft heute abend 8 Uhr, Gewerkschaftshaus, Zimmer 32.

Der Wohlfahrtsausschuss erinnert, daß die monatlichen Zusammenkünfte nicht mehr Freitag, sondern Dienstag stattfinden. Die nächste Zusammenkunft ist Dienstag, 29. November.

Die Preise steigen . . .

Es liegt wie Sturm in der Luft. Nicht nur, daß der Winterwind tüchtig bläst - auch sonst geht es wie das Rütteln einer Kart und schweren Faust durch die Straßen der Großstadt. Hartmer und schwerer geht es Tag um Tag das Leben. Die Preisaufläufe überfliegen sich. Es gibt anscheinend keine Macht, die eine Regelung zwischen Angebot und Nachfrage zu bringen vermöchte. Man stiert einander an mit großen, hungrigen, fragenden Augen. In den Schaufenstern liegen nach wie vor die Waren in bunter, lodender Fülle fest. Aber immer kleiner wird der Kreis derjenigen, die sie zu erstehen vermögen.

Ein altes Mütterchen, mit einem braunwollenen Kumpelgeschicht, steht vor einem Schlächterladen. Ihre mühen Augen suchen die belauschten Scheiben zu durchdringen und die Preise zu entziffern, die an den einzelnen Wurstwaren zu lesen sind. Nur die Preise für das Viertelpfund sind vermerkt. Das hat man wohlweislich getan, um nicht allzu erschreckend hohe Ziffern zu erzielen. Die zitternden Lippen der Alten murmeln halb laut vor sich hin, was die Augen erschauen. Und jedesmal wiegt sich der alte Kopf mit den dünnen, grauen Haarsträhnen auf dem hageren Halbe hin und her. Schließlich leuchtet das alte Mütterchen laut hörbar auf. Selbst für die billigste Wurstsorte will ihr Geldbeutel nicht langen.

Vor einem Schuhgeschäft ein ähnliches Bild. Nur steht hier nicht ein altes Mütterchen, sondern eine Frau in den besten Jahren mit ihren beiden Kindern vor dem Schaufenster. Alle drei blicken für den Winter, der jetzt erst in seinem Anfang da ist, dringend heißes Schuhwerk. Aber diesen Plan auszuführen, bedürfte es nahezu eines Taufens. Und den hat die Frau nicht übrig - haben die wenigsten Frauen übrig, deren Männer das tägliche Brot mit ihrer Hände oder ihres Kopfes Arbeit hereschaffen müssen. Und auch die junge Frau leuchtet laut hörbar auf und nur schwer bewegt sie die enttäuscht dreinblickenden Kinder zum Weitergehen.

Ein Fräulein geht durch die schon dämmerdunklen Straßen. Kalt und hart greift es um die Menschen auf der Straße. Der Winterwind ist da. Aber noch etwas anderes lauert, vorläufig noch unsichtbar, in der Dunkelheit. Es liegt wie Sturm in der Luft. Und die Preise steigen . . .

Gebührenerhöhung der städtischen Werke.

Gas - Wasser - Straßenbahn - Elektrischer Strom.

Den Stadtschulverordneten ist soeben ein Dringlichkeitsantrag zugegangen, der in der Donnerstagsung zur Verhandlung kommt. Gefordert wird, daß bei den drei Betriebswerken für das vierte Viertel des Rechnungsjahres 1921 neben den durch die lebenden Kohlenkosten bedingten Erhöhungen besondere Zuschläge erhoben werden, und zwar für 1 Kubikmeter Gas 40 Pfennige, für 1 Kubikmeter Wasser 30 Pfennige, für 1 Kilowatt elektrischen Strom 75 Pfennige.

Gleichzeitig wird die schon in Aussicht gestellte Erhöhung der Straßenbahnfahrpreise gefordert, und zwar für die einfache Fahrt 1 Mark, mit Umsteigen 1.50 Mark, über die Zahlengrenze hinaus 1.90 Mark und mit Umsteigeberechtigung 1.80 Mark.

Nach 9 Uhr abends sollen sich die vorstehend genannten Preise ohne Tarifgrenze auf 1.50 Mark für die einfache Fahrt und 2 Mark mit Umsteigen erhöhen. Nach 12 Uhr nachts folgt eine weitere Erhöhung auf 2 Mark für die einfache Fahrt und 3 Mark mit Umsteigen.

Die Akterkarte soll 7.80 Mark, für Kriegsbeschädigte 3.90 Mark) kosten.

Begründet wird die Vorlage mit den durch die allgemeine Teuerung nötig gewordenen Erhöhung der Löhne und Gehälter. Die durch die Gebührenerhöhung noch nicht ausgeglichenen Mehrausgaben sollen durch eine Erhöhung der Gewerbesteuer angebracht werden.

Demagogie und Sabotage.

Es ist mitunter recht interessant, zu beobachten, in welcher einträchtiger Harmonie sich die sogenannten bürgerlichen Parteien zusammenfinden, wenn es gilt, politisch wie wirtschaftlich Demagogie zu treiben und eventuell sogar den Bestrebungen der Regierung gegenüber Sabotage zu üben. Aus der Fülle der Beispiele seien drei erwähnt, die sich in Breslauer bürgerlichen Zeitungen in den letzten Tagen fanden.

Die „Schlesische Zeitung“ drückt voller Vergnügen die Antwort eines Breslauer Fabrikanten an eine französische Firma ab, die ihn hat, Offerten einzuwenden. Dieser geknurrende Herr wählte nichts Besseres zu erwidern, als daß er es ablehne, mit Angehörigen einer Nation, die sich so benimmt wie die „Ihrige“, in wirtschaftliche Beziehungen zu treten. Man sieht daraus, wie die positiven Methoden des internationalen Wirtschaftens ausbleiben würden. Ganz Geist vom Geiste Helfferichs! Dem Kabinett Birck aber wäre zu empfehlen, auch gegen solche wirtschaftliche Sabotage von einem Ausnahmeverfahren Gebrauch zu machen.

preise zu einem Stieb gegen staatliche und kommunale Wirtschaft. „Also auch hier, wie bei allen staatlichen und kommunalen Unternehmungen, die Schraube ohne Ende.“

Die Dummen werden ja leider nicht alle, sonst müßte der General-Anzeiger ja mit Anfragen überschüttet werden, in welchem Privatbetriebe die Schraube schon ihr Ende gefunden habe. Der „Generalanzeiger“ meint sicher, daß das erst der Fall sein wird, wenn die Eisenbahnen wieder den Herren Sinnes und Konjorten gehören werden.

Die „Breslauer Zeitung“ darf bei demagogischer Verzerrung ihrer Leser natürlich nicht zurückbleiben. Sie schimpft in einem kleinen Aufsatz manter über die von manchen Seiten erhobene Forderung nach Weltmarktlöhnen, (der übrigens auch in der „Schlesischen Zeitung“ stand, natürlich, D. Red.) Wir sind zwar auch der Meinung, daß Weltmarktlöhne volkswirtschaftlich in unserer Zeit ein Unding sind. Die Demagogie liegt aber hier darin, daß die „Breslauer Zeitung“ noch nie ein Wort gegen das unsinnige Fordern der Angleichung unterer Preise an die Weltmarktpreise gefunden hat. Im Gegenteil, Herr Gatheln ist eifriger Verfechter der Weltmarktpreise.

Mit solchen Mitteln kann weder dazu beigetragen, bestehende Gegensätze auszugleichen, noch hilft man am Aufbau einer politischen und wirtschaftlichen Neuordnung.

Es ist notwendig, den Patriotismus mancher Herrschaften von Zeit zu Zeit niedriger zu hängen.

Vom Arbeiterbildungsausschuss.

Zwei Märchenstücke von Sach-Verloren.

Zu der Aufführung der beiden Grimmschen Märchen „Die Fluge Bauerntochter“ und „Die vertanzten Schuhe“ am kommenden Donnerstag, den 24. d. Mis., im Gewerkschaftshaus haben wir wiederum einige bedeutend ermäßigte Eintrittspreise zu 0.30 Mark (statt 1.10 Mark), zu 0.40 Mark (statt 0.90 Mark) und zu 0.60 Mark (statt 0.80 Mark) erreicht, die im Gewerkschaftshaus, Zimmer 36, ausgegeben werden.

Vorschlag zur Volkshochschulreform.

Der Volksbund für neue Erziehung (Bund entschiedener Schulreformer) befaßte sich in seiner letzten Versammlung am 12. November mit der Frage einer zeitgemäßen Umgestaltung der Volkshochschule, deren gegenwärtiger Stand viele ernste Volkshochschulreformer unbefriedigt läßt. Nach einem Vortrag des Vorsitzenden, dem eine lebhafte Aussprache von Hörern, Lehrern, Verwaltungsausschussmitgliedern der Volkshochschule und sonstigen Freunden einer zeitgemäßen Volksbildung folgte, nahm die Versammlung einstimmig folgende Entschlüsse an:

„Im Interesse der Erhöhung des Bildungsniveaus der breiten Massen und der Wahrung des Hochschulcharakters der Volkshochschule möge die Breslauer Volkshochschule sich künftig gliedern in: 1. einen breiten, jedem ehemaligen Volks- und Mittelschüler zugänglichen Unterbau, die Volkshochschulbildung, die der Beförderung geistiger Schulung, der Erweiterung und Vertiefung der für die Lebensbildung grundlegenden Kenntnisse und dem Studium besonderer Neigungsgebiete dient, und 2. einen Oberbau, die eigentliche Volkshochschule, die als eine gemeinsame Arbeitsstätte der zukünftigen Führung geeigneter Persönlichkeiten aller Lager und Schichten der Klärung wichtiger Zeit-, Volks- und Menschheitsfragen dient.“

Lehrer, Hörer und Mitglieder des Verwaltungsausschusses dieser zweigegliederten Volkshochschule bilden je eine halbjährlich mindestens einmal tagende Schulgemeinschaft, die in freier Aussprache über ihre Schulfragen befaßt ist.

Der Volksbund für neue Erziehung hat eine Abteilung für Volkshochschulfragen gegründet, zu deren Unterstützung alle Freunde einer zeitgemäßen Volkshochschulbewegung, auch Nichtmitglieder, eingeladen werden. Nähere Auskunft erteilt: Walter Ludwig, Adolfstraße 8, I.

Hungerstreik.

Eines Tages meldet mir bei meinem Besuch im Breslauer Straßengängers ein Oberbeamter: „Der Gefangene X. Y. will den Herrn Gefängnisleiter sprechen.“ Ich lasse ihn herbeiführen, und Lothar sitzt ihm unter vier Augen gegenüber. Ein junges Büchlein, das einen symmetrischen Eindruck macht, mehr aus Leidenschaft, denn aus Not gegen das Geleit, verfliegt, und seine nicht sehr lange Strafe hart empfindet. Mit Politik hatte der Fall nichts zu tun.

„Ja, was wünschen Sie denn nun von mir?“

„Ich möchte den Herrn Beirat fragen, ob ich zwangsweise gefüttert werden darf?“

„Wie kommen Sie denn auf einen solchen Gedanken?“

„Der Herr Doktor hat mir das gesagt.“

„Wie kam er denn dazu?“

„Ich habe nicht essen mögen; da hat man mich zum Arzt geführt, und der hat mir das gesagt.“

„Warum wollten Sie denn nicht essen?“

„Weil ich hinaus wollte.“

„Gar Ihnen hier jemand etwas getan?“

„Kein, ich habe es nicht schlecht gehabt, aber ich wollte hinaus.“

„Haben Sie inzwischen wieder gegessen?“

„Ja, wie mir der Herr Doktor das gesagt hat, habe ich wieder angefangen.“

„Haben Sie Klagen über das Essen?“

„Kein, ich bin damit zufrieden.“

„Und doch beschwerten Sie sich über den Herrn Doktor?“

„Er durfte mir doch nicht mit Fütterung drohen.“

„Das ist doch aber in Ihrem Falle ganz gut gewesen. Es schmeckt Ihnen wieder und Sie sollen sich doch hier nicht ihrer Gesundheit ruinieren.“

„Das sah mein Gegenüber nun auch ein, und so blieb mir nur übrig, ihm für den kurzen Rest seiner Strafe ein paar Tropfen zu leihen. Er versprach mir auch, den übrigen Rest mit größerem Mut zu überstehen und nie wieder etwas Schlimmes zu verüben. Ein Segen wird es künftig sein, wenn längere Freiheitsstrafen in Geldstrafen verwandelt und eventuell in Katen bezahlt werden können.“

Leistungen ohne Gegenleistung.

Uns wird geschrieben: Nachdem nun schon seit einiger Zeit unsere Invalidenträge erhöht worden sind, so sollte man doch wirklich meinen, die Invalidenversicherung würde, der jetzigen Zeit Rechnung tragend, sich auch bald mal dazu bequemen, und ihrer Rentenempfänger jetzt auch recht bald die Rentenbezüge erhöhen. Aber weit gefehlt. Man hat bis jetzt noch nicht das geringste davon gemerkt. Ferner hätte man bis jetzt noch nie ein Wort von der Invalidenversicherung wahrnehmen können, daß sie auch nur einmal eine Rückschau auf die Leistungen hätte, obwohl diese entsetzliche Teuerung doch schon seit längerer Zeit anhält. Bekanntlich hätte diesebe ja für Kriegsangehörige damals viel Geld übrig, für die Vermissten der Armen dagegen leider nichts.

Es wäre doch wirklich jetzt an der Zeit, auch hierin einmal Remedy zu schaffen.

Der Nutzen der Volksfürsorge.

Der hier in der Schweidnitzer Straße wohnhaft gewesene Arbeiter R. L. erlitt vor einigen Tagen beim Verladen von Bierfässern eine Brustquetschung, an deren Folgen er nach 14 Tagen

Prämie bezahlt waren, zahlte die Gesellschaft den Hinterbliebenen die Versicherungssumme anstandslos aus.

Jeder, der für eine Familie zu sorgen hat, sollte versichert sein. Die staatliche Hinterbliebenenfürsorge ist ja ganz unzulänglich und wird es noch viele Jahre bleiben. Für gewerkschaftlich und genossenschaftlich organisierte Arbeitnehmer kommt natürlich nur deren eigenes Unternehmen in Frage, die im Jahre 1913 von den freien Gewerkschaften und Genossenschaften gemeinschaftlich gegründete Volksfürsorge.

Auskunft über diese Versicherung erteilt jedes Verbandsbüro, der Konsumverein „Vorwärts“ und das Büro der Volksfürsorge, Breslau, Margarethenstraße 17, IV, Zimmer Nr. 89.

Vernichtete Lebensmittelmarken!

m. Von der Bevölkerung ist in der Presse vielfach darüber Klage geführt worden, daß zur Verteilung von Griech und amerikanischem Mehl Lebensmittelmarken angefordert worden sind, die von Griechen bereits vernichtet worden waren in der Annahme, daß diese Marken nicht mehr beliefert werden würden.

Dem allgemeinen Wunsch, für vernichtete Marken Ersatz zu leisten, kann leider nicht entsprochen werden, da es sich naturgemäß in keinem Falle nachprüfen läßt, ob die tatsächlich vernichtet worden sind. Die Anregung, alle bisher ausgegebenen Marken für ungültig zu erklären und dafür neue auszugeben, ist ebenfalls nicht durchführbar in Anbetracht der mit einer Ausgabe verbundenen beträchtlichen Kosten.

Im übrigen handelt es sich bei der jetzigen Verteilung von Griech auf Lebensmittelmarken voraussichtlich um die letzte, während die Verteilungen von Griech auf Nahrungsmittelmarken und von Mehl auf Lebensmittelmarken noch bis auf weiteres fortgeführt werden.

Es sei bei dieser Gelegenheit nochmals ausdrücklich darauf hingewiesen, daß einmal ausgegebene Marken nicht eher ihre Gültigkeit verlieren, als bis sie durch öffentliche Bekanntmachung für ungültig erklärt worden sind.

* Verloren ein Fachkalender für Klempner mit Lotterielosen auf der Sabowastraße. Abzugeben bei Artur Hanke, Gohlschlagstraße 27.

* Einbrüche. Ein Antopol, innen langhaariger weißer Schafpelz, außen grauer Stoffüberzug mit schwarzbraunem Schafpelztragen, ist in der Nacht zum 5. d. M. aus einem Büro, Tausenstraße 3, gestohlen worden. In der Nacht zum 11. d. M. wurden aus der Schneiderwerkstatt Tausenstraße 94, in die die durch Zertrümmern der Schaufensterscheibe gelangt waren, die Diebe verhaftet bevor sie etwas entweiden konnten; in der gleichen Nacht sind aus erbrochenem Wäscheboden Tausenstraße 80 32 Handtücher, die mit der eingewebten Inschrift: „gestohlen bei der Continental Hannover“ oder der Inschrift: „Continental Kautschuk- und Guttapercha-Compagnie“ versehen sind, ferner Bett- und Leibwäsche gestohlen worden; aus dem Geschäft Am Rathaus 11/12 durch Einbruch der Schaufensterscheibe drei Herrennour-Hüte (braun, schwarz und hell, einen Firmeninschrift „Gut-Hüte“), sechs breite Herrennour-Hüte, ein Stepphut, acht Frauentücher (innen „Gut-Hüte“ und zwei blaue Schürmühen.

* Der dritte Fall von Alkoholvergiftung. Am Sonnabend abend wurde auf der Feldstraße der Arbeiter August Seel von der Walerstraße 28, ein 48 Jahre alter verheirateter Mann wegen Trunkenheit zur Bezirkswache Feldstraße 31 geschafft. Er ist dort am Sonntag vormittag um 9 Uhr an Alkoholvergiftung verstorben und seine Leiche wurde in das Schauhaus überführt.

* Eine Rembrandtette wurde am Donnerstag in der Garberoth des Gewerkschaftshauses gefunden. Abgeholt Dienstag abend in der Zeit zwischen 8-10 Uhr beim Genossen Rajch im Gewerkschaftshaus.

Konzerte - Theater - Vergnügungen.

Mitteilungen der Direktionen.

Stadttheater. Heute abend 7 1/2 Uhr: „Boccaccio“ mit den Damen Dannenberg, Dörwald, Hef, Keiler, Lipski, Reisch und den Herren Haber, Haußchild, Hohberg, Radom, Taubert, Wilhelm. Musikalische Leitung Helmut Seidelmann. Spielleitung Dr. Georg Pauly. Morgen 7 Uhr: „Aida“; Donnerstags, 7 1/2 Uhr: „Carmen“.

Bereinigte Theater. Am Dienstag bringt das Lohentheater eine Wiederholung des Arnold-Bach'schen Schwankes „Zwangseinquartierung“. Diese Vorstellung läuft nicht durch die Kunstgemeinde. In Vorbereitung befindet sich, in Paul Barnays neuer Inszenierung für die Rahmenbühne, Schafelbeeres „Machbeth“.

Das Thalia-Theater wiederholt heute und morgen die erfolgreiche Gesangsvorstellung „Große Köhnen“.

Schauspielhaus (Operettenbühne). Heute Dienstag: „Liebe erwacht“, mit Lore Sira in der von ihr bewährten Partie der Francesca da Costa. Mittwoch zum 25. Male: „Wenn Liebe erwacht“ in der Premierenaufführung. Donnerstags: „Das Hollandweibchen“. Freitag, Sonnabend und Sonntag wird die erfolgreiche Operette „Wenn Liebe erwacht“ wiederholt. Sonntag vormittags 11 1/2 Uhr: „Carl Sibirfeld-Matinée“. Sonntag Nachmittag: „Der Graf von Luxemburg“.

Die Ringkämpfe, Streblener Tor, Dana-Säle, zeitigten am Montag folgende Resultate: Sawlisch, Tschechoslowakei, zeigte sich im Kampfe gegen Jaago auf die Dauer weit überlegen. In dem man glaubte, letzterer müßte seine erste Niederlage hinnehmen, als man nach einer Stunde Kampfdauer zur Punktierung Schritt unterlag der Tscheche nach drei erworbenen Punkten durch doppelte Armfesselung. Schidat und Petrowitsch konnten wegen vorgerückter Zeit nicht mit einander fertig werden. Heute Dienstag findet ein Ehrenbeleg zugunsten des letzten Meisterkämpfers Nestrom statt. Als Zehnminuten wird der Letzte mehrere Refordleistungen zeigen. Als Attraktion läßt sich Nestrom einen 6 Jhr. schweren Stein auf seiner Brust in Trümmer schlagen. Danach ringen Jaago gegen Petrowitsch; Lupa gegen Sawlisch; Entscheidung Nestrom gegen Schidat, auch dort Karisch in der Entscheidung gegen den Letzten im ersten Kampfe.

Unsere Valuta.

Es wurden an der Berliner Börse gezahlt:

Table with exchange rates for various currencies (Dollars, Pounds, Francs, etc.) as of 11.11 and 19.11.

Wasserstand

vom 22. November 1921.

Table with water levels for different locations (Kathar, Rappin, Rabel, etc.) in Breslau and Troschen.

